Nr. 214.2026
24. November 2026

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frauen haben ein Recht auf ein Leben ohne Gewalt

Jeden Tag werden in Deutschland Frauen Opfer von Gewalt. Und das, weil sie Frauen sind. Gewalt gegen Frauen erschüttert unsere Freiheit und Demokratie in ihren Grundfesten. Der Weg zu einem Leben ohne Gewalt ist für Frauen leider immer noch lang, aber wir als SPD-Bundestagsfraktion gehen ihn konsequent weiter, mit klaren gesetzlichen Veränderungen und an der Seite der betroffenen Frauen.

Jasmina Hostert, *frauenpolitische Sprecherin:*

„Gewalt gegen Frauen beginnt nicht erst mit dem Schlag ins Gesicht. Sie beginnt dort, wo Frauen ihre Gleichwertigkeit abgesprochen wird. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu zählt: Männer müssen Teil der Lösung werden. Es reicht nicht aus, kein Täter zu sein. Es braucht Männer, die Haltung zeigen, die bei sexistischen Sprüchen widersprechen und klar an der Seite von Frauen stehen. Es muss für jeden klar sein: Hass und Gewalt gegen Frauen haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.

Wir stärken die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt – u.a. durch die geplante Förderung von Bundesmodellprojekten. Prävention muss früh ansetzen und in der schulischen sowie außerschulischen Bildung verankert sein. Zudem stärken wir die Täterarbeit und digitale Gewaltprävention. Durch das Gewalthilfegesetz werden wir das Hilfesystem stärken. Ab 2032 haben gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz und damit auch auf einen kostenfreien Frauenhausplatz.“

Carmen Wegge, *rechtspolitische Sprecherin:*

„Kein Täter darf sich mehr sicher fühlen. Das heißt aber auch, dass die von Gewalt betroffenen Frauen wissen müssen, dass der Staat an ihrer Seite steht. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir in diesem Jahr wieder wichtige Schritte zu diesem Ziel hin unternommen.

Mit der Verschärfung des Strafrechts beim Einsatz von K.-o.-Tropfen reagieren wir auf eine bestehende Schutzlücke: Narkotisierende Substanzen werden bei schweren Sexual- und Raubdelikten jetzt als gefährliche Mittel berücksichtigt und Täter endlich härter bestraft. Durch den Ausbau der psychosozialen Prozessbegleitung erhalten Opfer gravierender häuslicher Gewalt erstmals einen Anspruch auf kostenfreie psychosoziale Prozessbegleitung und anwaltliche Vertretung. Darüber hinaus verbessern wir mit der Reform des Gewaltschutzgesetzes den Schutz vor gewalttätigen Tätern. Durch die elektronische Aufenthaltsüberwachung können Betroffene in Echtzeit gewarnt werden, wenn sich ein Täter trotz gerichtlichen Annäherungsverbots nähert, und Femizide

Impressum

Nr. 214.2026 / 24. November 2026

Herausgeber: Dirk Wiese, MdB
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag

verhindert werden. Zudem haben wir verpflichtende Täterarbeit eingeführt. Auch im nächsten Jahr setzen wir unseren Weg fort mit dem digitalen Gewaltschutzgesetz, der Strafbarkeit von verbaler und nonverbaler sexueller Belästigung, ‚Ja heißt Ja' und der Umsetzung der Istanbul-Konvention im Sorge- und Umgangsrecht."